



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 30. März 2017

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Christa Gabriel (SPD bis 19.00 Uhr) Michael David (SPD ab 19.50 Uhr)
Anwesende Stadtverordnete:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Es fehlten:	siehe Anlage 3
Beginn (öffentlicher Teil): 16:10 Uhr	Ende: 23:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen der Drucksachenlisten DL Nrn. 08/17 + NÖ, 09/17, 10/17 + NÖ, 12/17, 13/17, 14/17 + NÖ.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Frau Stadtverordnetenvorsteherin Gabriel folgende Erklärung:

Wie in der Presse berichtet wurde, ist in den vergangenen Tagen ein Lokal, in dem eine in der Stadtverordnetenversammlung vertretene Partei eine Veranstaltung abgehalten hat, mit Farbbeuteln beworfen worden.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, AfD, FDP, FW/BLW und LKR/ULW haben mich gebeten, in diesem Zusammenhang an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0626 vom 22.11.2012 zu erinnern.

Die Stadtverordnetenversammlung hat damals beschlossen, Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und auch jegliche andere Form illegaler Gewaltausübung abzulehnen. Daran hat sich nichts geändert.

öffentliche Sitzung

Tagesordnung I

0074 Tagesordnung

Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Umsetzungen

Punkt 6 der TO III - Bebauungsplan Bierstadt-Nord auf Antrag von L&P

2. Anträge/Neufassungen/Änderungsanträge

<u>von L&P</u>	zu Punkt 8 der TO I	Wohnungsbau fördern
<u>der CDU</u>	zu Punkt 9 der TO I	Dialogprozess
<u>der SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen</u>	zu Punkt 11 der TO I	Mehr Transparenz
<u>der FDP</u>	zu Punkt 11 der TO I	Mehr Transparenz
<u>von L&P</u>	zu Punkt 11 der TO I	Mehr Transparenz
<u>von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen</u>	zu Punkt 12 der TO I	E-Partizipation
<u>2 Anträge von L&P</u>	zu Punkt 13 der TO I	Integrationskonzept
<u>der LKR/ULW</u>	zu Punkt 13 der TO I	Integrationskonzept
<u>von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen</u>	zu Punkt 14 der TO I	Zukunft der Fritz-Gansberg-Schule

PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN

3. Protokollerklärungen

<u>des Oberbürgermeisters</u>		
zu Punkt 2 der TO III	Beteiligungskodex	
<u>der Fraktion AfD zu</u>		
Punkt 11 der TO II	Fahrradabstellanlagen	
<u>der Fraktion Linke&Piraten zu</u>		
Punkt 5 der TO IV	Verkauf Einfamilienhaus	

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

der Fraktion LKR/ULW zu

Punkt	14	der TO II	Kreisel Soonwaldstraße
Punkt	16	der TO II	Zuschuss Bezirkssozialarbeit
Punkt	24	der TO II	Neubau Bürgerhaus Kastel/Kostheim
Punkt	39	der TO II	Beschäftigungsprojekt EXINA
Punkt	1	der TO III	Ehrung Rose-Lore Scholz

4. Abstimmungsverhalten zu Tagesordnung II

Das Abstimmungsverhalten der AfD, der L&P, der FDP und der LKR/ULW wird datentechnisch übernommen.

5. Vertagen aus Zeitgründen

Ziffer 12 der TO I - 17-F-05-0010 (E-Partizipation) kommt aus Zeitgründen nicht zum Aufruf und wird der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 18.05.2017 zugesetzt

Einstimmig

0135 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2017

Die Niederschrift über die Sitzung am 16.02.2017 wird genehmigt.

Einstimmig

0136 Mitteilungen

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

0137 16-F-99-0001

Fragestunde

1. Die Fragen Nr. 51, 52, 53 und 54 haben durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache einschließlich der gestellten Zwischenfragen ihre Erledigung gefunden.

2. Die Frage Nr. 49 wurde zurückgezogen, die Frage Nr. 50 wurde schriftlich beantwortet.

Stv. Sidiani und Manjura und Stadtrat Dr. Franz verlassen vor Aufruf der Punkte 4 - 7 (Wahlen) den Sitzungssaal.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0138 17-A-59-0003

Bericht des ständigen Wahlvorbereitungsausschusses - Aussprache von Wahlempfehlungen:

- a) Wahl einer/eines hauptamtlichen Ersten Beigeordneten (Bürgermeisterin/Bürgermeister)
- b) Wahl von zwei hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)

Stv. Dr. Müller berichtet über das Ergebnis der Beratungen im ständigen Wahlvorbereitungsausschusses.

0139 17-S-00-0001

Wahl, Einführung und Verpflichtung einer/eines hauptamtlichen Ersten Beigeordneten (Bürgermeisterin/Bürgermeister)

geheime Wahl:

55 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 3 ungültige Stimmen

0140 17-S-00-0002

Wahl, Einführung und Verpflichtung einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)

geheime Wahl:

59 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 4 ungültige Stimmen

0141 17-S-00-0003

Wahl, Einführung und Verpflichtung einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)

geheime Wahl:

47 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen, 2 ungültige Stimmen

Nach den Wahlen findet in der Zeit von 19.00 Uhr bis 19.50 Uhr eine Pause bzw. ein Empfang für die neugewählten hauptamtlichen Beigeordneten statt. In dem Rahmen wird Stadträtin Scholz verabschiedet.

Nach der Pause übernimmt stellv. Stadtverordnetenvorsteher Michael David den Vorsitz.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

0142 **17-F-21-0018**

Wohnungsbau für Wiesbaden fördern - Förderziele für geförderte Wohnungen festlegen
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom
20.03.2017 -

Stv. Rottloff begründet den Antrag.

Stv. Rutten beantragt getrennte Abstimmung.

Stv. Forßbohm begründet den Änderungsantrag von L&P, der gegen die Stimmen von L&P abgelehnt wird.

Der gem. Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen wird ohne Änderung wie folgt abgestimmt:

getrennte Abstimmung:

1. gegen FDP, L&P bei Enth. AfD angenommen
2. gegen FDP, L&P bei Enth. AfD angenommen
3. + 4. bei Enth. AfD angenommen

0143 **17-F-05-0011**

Wohnungsbau für Wiesbaden fördern - Förderziele für geförderte Wohnungen festlegen
- Antrag der FDP vom 30.03.2017 -

Stv. Rutten begründet den Antrag, der wie folgt abgestimmt wird:

gegen FDP bei Enth. AfD + FW/BLW abgelehnt

0144 **17-F-02-0010**

Dialogprozess - Novellierung Ballungsraumgesetz: Beitritt der Landeshauptstadt
Wiesbaden zum Regionalverband
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2017 -

Stv. Lorenz begründet den Antrag, der wie folgt abgestimmt wird:

Einstimmig angenommen

0145 **17-F-21-0020**

Den Boden bereiten für mehr gemeinschaftliche Wohnprojekte in Wiesbaden
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 22.03.2017 -

Stv. Braun begründet den Antrag, der wie folgt abgestimmt wird:

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

bei Enth. AfD angenommen

0146 **17-F-10-0006**

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen
- Antrag der AfD-Fraktion vom 21.03.2017 -

Stv. Dr. Müller begründet den Antrag.

Stv. Apel beantragt, alle Anträge zu diesem Punkt an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik zur weiteren Beratung zu überweisen.

Stv. Winkelmann schließt sich dem Überweisungsantrag an den Fachausschuss an.

Stv. Dr. Müller nimmt mit Protest zur Kenntnis, dass er zu den Äußerungen von Stv. Kisseler in Bezug auf Mitarbeiter der AfD-Fraktion nicht sprechen darf.

Überweisung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik:

Einstimmig angenommen.

0147 **17-F-21-0021**

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 30.03.2017 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Überweisung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik:

Einstimmig angenommen

0148 **17-F-05-0012**

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der FDP vom 30.03.2017 -

Überweisung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik:

Einstimmig angenommen

0149 **17-F-08-0019**

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen
- Antrag der Fraktion L&P vom 30.03.2017 -

Überweisung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik:

Einstimmig angenommen

0150 17-V-33-0001

Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

Stv. Forßbohm begründet den Änderungsantrag von L&P, der gegen die Stimmen von L&P und FW/BLW bei Enthaltung von FDP und LKR/ULW abgelehnt wird.

Stv. Preinl begründet den Änderungsantrag von LKR/ULW, der gegen die Stimmen von LKR/ULW und FW/BLW bei Enthaltung L&P und FDP abgelehnt wird.

Protokollerklärung der Fraktion L&P:

Stv. Bohrer gibt zu Protokoll, dass die Fraktion L&P den Seiten 9 - 12 und 69 - 73 des Integrationskonzeptes nicht zustimmt.

Der Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie wird wie folgt abgestimmt:

bei Enth. L&P + LKR/ULW angenommen

0151 17-F-08-0020

Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden - Koordinierungsstelle mit Hotline schaffen
- Antrag der Fraktion L&P vom 30.03.2017 -

Stv. Beyes begründet den Antrag, der wie folgt abgestimmt wird:

gegen L&P bei Enth. FDP, LKR/ULW + FW/BLW abgelehnt

0152 17-F-21-0019

Zukunft der Fritz-Gansberg-Schule
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.03.2017 -

Stv. Spruch begründet den Antrag, der wie folgt abgestimmt wird:

gegen L&P bei Enth. AfD angenommen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0153 **17-V-61-0002**

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Bierstadt-Nord" im Ortsbezirk Bierstadt -
Satzungsbeschluss -

Stv. Bohrer beantragt die namentliche Abstimmung.

namentliche Abstimmung:

44 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 21 Enthaltungen

0154 **17-F-05-0010**

Den Wissensschatz der Bürgerinnen und Bürger heben - E-Partizipation ermöglichen
- Antrag der FDP-Fraktion 22.03.2017 -

Der vorgenannte Punkt kommt aus Zeitgründen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.05.2017 zum Aufruf.

Tagesordnung II

0075 **16-F-02-0036**

Bäderkonzept mattiaqua

-Antrag der CDU-Fraktion zu TOP I/5 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
17. November 2016-

Einstimmig

0076 **16-V-40-0034**

Übertragung von CO-Budget aus dem Schulamt in die Schulbudgetierung

Einstimmig

0077 **16-V-66-0227**

Friedrich-Ebert-Allee, Einrichtung von Radverkehrsanlagen

Enth. Stv. Bohrer, von Seemen + Sobek

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. März 2017

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0078	16-V-66-0228	<p>Adolfsallee - Fußgängerquerung auf der Höhe der Matthias-Claudius-Straße</p> <p>Einstimmig</p>
0079	17-F-01-0003	<p>Für Entwicklung am Ostfeld/Kalkofen Vorbilder und Erfahrungen nutzen Antrag der Fraktion SPD vom 25.01.2017</p> <p>Einstimmig</p>
0080	17-F-33-0004	<p>Zuschuss Begabtenakademie -Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 16. März 2017- gegen Stv. Beyes, Bohrer, Forßbohm + von Seemen bei Enth. Stv. Sobek</p>
0081	17-F-33-0005	<p>Zuschuss Projekt Schulpaten -Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 16. März 2017- Einstimmig</p>
0082	17-F-21-0004	<p>Berichts Antrag Unterhaltsvorschuss - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 8.3.2017 - Einstimmig</p>
0083	17-F-21-0005	<p>Attraktivierungsmaßnahmen Schwimmbäder - Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.03.2017 - gegen FDP</p>
0084	17-F-21-0006	

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

Raddirektverbindung Mainz - Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 13.03.2017 -

Einstimmig

0085 **17-F-21-0007**

Fahrradabstellanlagen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 13.03.2017 -

Protokollerklärung der Fraktion AfD:

Durch die o. g. Fraktionen wird eine Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Erstellung von Fahrradabstellanlagen beantragt, ohne dass hierfür eine Projektliste mit Standorten und Kosten der Einzelmaßnahmen vorgelegt wurde. Diese pauschale Bewilligung von Haushaltsmitteln wird abgelehnt.

gegen AfD bei Enth. LKR/ULW

0086 **17-F-21-0008**

Zuschuss - Infrastruktur des SJR stärken
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU vom 15.03.2017-

Einstimmig

0087 **17-F-21-0009**

Einmaliger Zuschuss Ausbildungsprogramm „5+3“
Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vom 15. März 2017

Enth. AfD

0088 **17-F-21-0010**

Bau des Kreisels in der Soonwaldstraße in Delkenheim
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und B90/Die Grünen vom 15.03.2017 -

Protokollerklärung der Fraktion LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit Nein. Wir erkennen den Wunsch der Delkenheimer Bürger nach einer verkehrsberuhigten Zone voll an. Nach diversen Gesprächen mit Ortsbeirat und Tiefbauamt ist die Fraktion allerdings der Meinung, dass der Neubau eines Kreisverkehrs nicht die einzige alternativlose Lösung für die Einfahrt nach Delkenheim ist. Fahrbahnverengende Maßnahmen (wie z. B. ein Fahrbahnteiler) verbunden mit Hinweisschildern und Warnsignalen erscheinen uns als deutlich gün

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

stigere und machbare Alternative, die denselben Zweck der Verkehrsberuhigung erfüllt. Angesichts der Haushaltslage befürworten wir eine solche Lösung.

gegen LKR/ULW

0089 **17-F-21-0011**

Einmaliger Zuschuss für das Projekt StarKiGemeinsamer - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 16.03.2017 -

Einstimmig

0090 **17-F-21-0012**

Einmaliger Zuschuss zur Einführung eines Fachverfahrens bei der Bezirkssozialarbeit - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 15.03.2017 -

Protokollerklärung der Fraktion LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit Nein. Diese Ablehnung ist nicht gegen die Bezirkssozialarbeit und auch nicht gegen das Amt für Soziale Arbeit gerichtet, sondern gegen die Höhe der Ausgaben für die Einführung eines EDV-Systems. Es fehlt uns leider an Verständnis, warum 380.000 Euro ausgegeben werden müssen, um ein Arbeitsverfahren zu ändern. Es müssen seitens des Amtes alle Anstrengungen unternommen werden, eine günstigere Lösung herbeizuführen.

gegen LKR/ULW bei Enth. AfD + Stv. Beyes, Bohrer + Forßbohm

0091 **17-F-21-0013**

Einmaliger Zuschuss für das Haus der Jugendorganisationen - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 15.03.2017 -

Enth. AfD

0092 **17-F-21-0014**

Einmaliger Zuschuss für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenachteiligte - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 15.03.2017 -

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0093	17-F-33-0002	<p>Finanzierung der 25 entfristeten OPB (2017) -Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 13.03.2017- gegen Stv. Bohrer, von Seemen + Sobek bei Enth. Stv. Beyes + Forßbohm</p>
0094	17-F-33-0003	<p>Ausweitung des „Augsburger Modells“ zur Reduzierung der Taubenpopulation (zusätzliche Taubenschläge) -Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 13.03.2017- Einstimmig</p>
0095	17-V-01-0007	<p>Bürgerbeteiligungsverfahren zur Nutzung des Grundstückes Wilhelmstraße 1 Enth. AfD</p>
0096	17-V-06-0002	<p>Haushaltsauswirkungen durch Flüchtlinge 2015/2016 Einstimmig</p>
0097	17-V-06-0004	<p>Neuausrichtung städtische Altenpflege; Machbarkeitsstudie Moritz-Lang-Haus Enth. LKR/ULW</p>
0098	17-V-10-0001	<p>Neubau eines gemeinsamen Bürgerhauses Kastel/Kostheim - Sachstand</p>

Protokollerklärung der Fraktion LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit Enthaltung. Auch hier geht es nicht um die Sache, sondern die Durchführung. Die Berechtigung eines Bürgerhauses wird nicht in Frage gestellt, wohl aber die Sinnhaftigkeit von geplanten Ausgaben in Höhe von 150.000 Euro für einen Architektenwettbewerb sowie 50.000 Euro Prozesskosten für die Bürgerbeteiligung des Neubaus.

Enth. L&P + LKR/ULW

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0099	17-V-10-0002	Bürgerhaus Tattersall - Brandschutzsanierung - Grundsatzvorlage Einstimmig
0100	17-V-10-0004	Bürgerhaus Vereinshaus Breckenheim - Mehrkosten Einstimmig
0101	17-V-11-1005	Schaffung einer Planstelle im Personal- und Organisationsamt Enth. LKR/ULW
0102	17-V-20-0004	Haushaltsplan 2018/2019 ? Orientierungsrahmendaten Enth. L&P
0103	17-V-40-0001	Pakt für den Nachmittag 2017/2018 gegen Stv. von Seemen, Ziffer 1.6 gegen Stv. Beyes, Bohrer, Forßbohm und Sobek
0104	17-V-40-0005	Jahresabschluss 2016; IM - Deckungen für Grundschulkinderbetreuung Einstimmig
0105	17-V-50-0002	Planstellen Fallmanagement Jugend Einstimmig
0106	17-V-51-0002	

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
		Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2016, Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen Einstimmig
0107	17-V-51-0005	Pakt für den Nachmittag an der Ludwig-Beck-Schule Betreuende Grundschule als Betreuungsträger ab dem Schuljahr 2017/2018 gegen Stv. von Seemen
0108	17-V-52-0002	Sporthalle Wilhelm-Leuschner-Schule - Dachsanierung Einstimmig
0109	17-V-66-0201	Straßenbeleuchtungsvertrag, Umsetzung der Finanzierung Enth. L&P
0110	17-V-66-0203	Weißenburgstraße - Fußgängerquerung auf Höhe des Sedanplatzes Einstimmig
0111	17-V-67-0001	Mitgliedschaft im DWV - "Deutscher-Wildgehege-Verband e. V." Einstimmig
0112	17-V-67-0002	Zusetzung von Mitteln für die Sanierung von Friedhofsmauern Enth. Stv. Beyes, Bohrer, von Seemen + Sobek
0113	17-V-80-8001	

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Beschäftigungsprojekt Bürokräft EXINA 2017 bis 2019

Protokollerklärung der Fraktion LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit Nein. Die Ausgabe von 73.610 Euro für die Schaffung eines zweijährigen Beschäftigungsverhältnisses erscheint uns unverhältnismäßig.

gegen LKR/ULW

Tagesordnung III

Stadträtin Scholz verlässt bei Abstimmung dieses Punktes den Sitzungssaal.

0114 17-V-01-4003

Ehrung von Stadträtin Rose-Lore Scholz anlässlich ihres Ausscheidens

Protokollerklärung der Fraktion LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit Enthaltung. Wir wollen hier nicht die Verdienste der Stadträtin in vielen Jahren als Dezernentin und Stadtverordnete bewerten. Allerdings halten wir angesichts der aktuellen Situation den Zeitpunkt dieser Ehrung für problematisch.

Enth. LKR/ULW

0115 17-V-01-0010

Grundsätze guter Unternehmensführung der Landeshauptstadt Wiesbaden

Protokollerklärung des Oberbürgermeisters:

Mit Beschluss des Beteiligungsausschusses Nr. 0015 vom 14.03.2017 wurde im Kapitel M des Beteiligungshandbuchs der Abschnitt M.4 „Dienstwagen für andere Gruppen von Beschäftigten“ ersatzlos gestrichen. Diesem Beschlussvorschlag ist die Stadtverordnetenversammlung gefolgt.

In der Fassung des Magistrates (Beschluss Nr. 0179 vom 14. März 2017) enthielt die entsprechende Passage eine Regelung, wonach unterhalb der Ebene der Geschäftsführungen, Betriebsleiter und Prokuristen keine Dienstwagen zur Verfügung gestellt werden sollten. Abweichungen sollten nur durch Beschluss des jeweiligen Aufsichtsrates möglich sein und jährlich in der Entsprechenserklärung begründet werden.

Im Ergebnis halte ich diese Entscheidung aus ökonomischen Gründen für unangemessen und daher für nicht sachgerecht. Vor allem jedoch birgt die ersatzlose Streichung der Passage die Gefahr, dass sich die Gehaltsgefüge von Stadtverwaltung und Beteiligungen noch weiter auseinanderentwickeln. Dies widerspricht der eigentlichen Intention des Beteiligungskodex.

Ziffer 6 gegen L&P

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0116	17-V-36-0001	Nachberufung eines Mitgliedes in den Naturschutzbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden Einstimmig
0117	17-V-53-0001	Wahl von ehrenamtlichen Patientenfürsprecherinnen gemäß § 7 Hessisches Krankenhausgesetz Einstimmig
0118	17-V-61-0001	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Autohaus Äppelallee" im Ortsbezirk Biebrich -Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss Einstimmig
0119	17-V-61-0002	umgesetzt auf TO I Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Bierstadt-Nord" im Ortsbezirk Bierstadt - Satzungsbeschluss -
0120	17-V-61-0004	Bebauungsplan "St. Josefs-Hospital" im Ortsbezirk Südost - Satzungsbeschluss - Einstimmig
0121	17-V-81-0001	Wahl eines Mitgliedes des Personalrates in die Betriebskommission WLW Enth. Stv. Bohrer
0122	17-V-81-0002	Bestellung wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrener Personen für die Betriebskommission WLW gemäß § 6 (3) EigBGes, § 5 (1) d) Betriebsatzung WLW Enth. L&P

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0123 17-V-10-0006

Attraktivierungsmaßnahmen in Bürgerhäusern

Enth. FDP, L&P + LKR/ULW

0124 17-V-52-0007

Investitionszuschuss für den Verein für Rasenspiele Wiesbaden e. V. für den Umbau des vereinseigenen Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz

Enth. LKR/ULW

Tagesordnung IV

0125 16-V-80-2321

Verkauf eines noch zu bildenden Grundstücks im SO-Gebiet Petersweg-Ost gemäß beigefügter Flurkarte

gegen Grüne + L&P

0126 17-V-06-0003

Restrukturierung der Altenpflegegesellschaften

Einstimmig

0127 17-V-41-0002

Kulturzentrum Schlachthof/ Erlass eines Betrauungsakts; Antrag auf Gewährung eines Darlehens

Enth. AfD, Enth. Stv. Beyes, Bohrer + Forßbohm zu Punkt 3 Abs. 2 und Punkt 5

0128 17-V-63-0001

Bauantrag: Neubau eines Studentenwohnheimes mit 180 Wohneinheiten sowie großflächigem Einzelhandel im Erdgeschoss und einer Tiefgarage

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0129 17-V-80-2310

Verkauf des Einfamilienhauses Hasenspitz 42

Protokollerklärung der Fraktion L&P:

Die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden stimmt der Veräußerung nicht zu, da hier die Möglichkeit vergeben wird, Wohnraum an auf der Warteliste stehende Wohnraumberechtigte zu vergeben.

gegen L&P

Anlagen

Wiesbaden, .05.2017

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Gabriel

David

Die Schriftführerin

Koba